

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 15.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Neblamezeile 6.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postkontonummer Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telephon 3900.

Nr. 50

Dienstag, den 1. März 1921

12. Jahrgang

Von Versailles nach London.

Der Beginn der Londoner Reparationskonferenz.

London, 28. Febr. Die deutsche Delegation war um 3 Uhr nachmittags in Dover eingetroffen, wo ein Vertreter der englischen Regierung sie begrüßte. Sie setzte ihre Fahrt alsbald im fahrplanmäßigen Zuge, in dem zwei Wagen reserviert waren, nach London fort. Pünktlich um 145 Uhr stieg der Zug in Victoria Station ein, wo der deutsche Botschafter Schamer mit den Mitgliedern der Botschaft und ein Vertreter Lord Curzons zur Begrüßung anwesend waren. Vor dem Bahnhof hatten sich zahlreiche Neugierige angesammelt. Die Delegation begab sich in bereitstehenden Automobilen ins Savoy-Hotel. Die Abfahrt verlief ruhig und ohne Zwischenfälle.

London, 28. Febr. (W.T.B. Amtlich.) Die erste Vollziehung der Konferenz, in der die Reparationsfrage verhandelt werden soll, findet morgen vormittag um 12 Uhr im Lancaster-House statt.

London, 28. Febr. (Reuter.) Reichsminister Dr. Simons wird seine Erklärung morgen um 11 1/2 Uhr im Lancaster-House abgeben. Die Ministertage werden nachmittags darüber beraten. Lord George wird am Mittwoch in Anwesenheit von Lord Curzon und Chamberlain eine Erklärung darüber abgeben.

London, 28. Febr. (Reuter.) Bei der Besprechung zwischen dem französischen und dem englischen Ministerpräsidenten, an der auch Foch und Weygand teilnahmen, wurde von Lloyd George und Briand beschlossen, die Frage über die Art der Ausführung etwaiger Sanktionen gegen Deutschland einem Ausschuss von Sachverständigen zu unterbreiten. — General Nollet, der Vorsitzende der interalliierten militärischen Ueberwachungskommission in Berlin, ist zur Konferenz hier eingetroffen.

Paris, 28. Febr. „Le Temps“ bespricht in seinem heutigen Leitartikel die einzelnen Zwangsmaßnahmen, die gegen Deutschland angewendet werden können, und sucht sie mit dem Friedensvertrag zu begründen. Hinsichtlich eines autonomen Zollregimes in den besetzten Gebieten leitet das Blatt die Berechtigung von Artikel 270 des Vertrages her und sagt, ein derartiges Regime sei möglich, wenn diese Maßnahmen den Alliierten notwendig erscheinen, um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung sicher zu stellen. Die Bewohner der besetzten Gebiete hätten noch keine unabhängig gewählte Vertretung, die berufen wäre, zu sagen, wie sie ihre besonderen wirtschaftlichen Interessen sicherstellen wolle. Warum sucht sie nicht diese Mittel auszunutzen? Warum richtet die interalliierte Oberkommission nicht in den besetzten Gebieten ein lokales Zollparlament ein, das die besonderen Interessen des linken Rheinufers in die Hand nimmt? Aber nicht nur der Artikel 270 gestattet den Alliierten gewisse Maßnahmen am linken Rheinufer zu ergreifen, sondern auch Artikel 212, der gewisse Stipulierungen des Waffenstillstandsvertrages, nämlich die Klauseln 1 und 5 des Anhangs 2 in Kraft lasse. Nach diesen Bestimmungen hätten die Alliierten das Recht, die Eisenbahn, die Schifffahrt, den Telegraphen und das Telephon in den besetzten Gebieten auszubeuten.

Eine Note des Völkerbundes an die Regierung der Freien Stadt Danzig.

Paris, 28. Febr. Der Völkerbundrat hat heute vormittag den Entwurf einer Antwort auf die amerikanische Note in der Mandatsfrage geprüft. Die Besprechung wird heute nachmittag fortgesetzt. Der Völkerbundrat prüfte ferner einige auf die Verfassung von Danzig bezügliche Fragen. Man beschloß, der Regierung der Freien Stadt Danzig eine Note zu übersenden betreffend Abänderungen, die an der Verfassung vorgenommen werden sollen.

Die Kosten der interalliierten Kommission in Deutschland.

Berlin, 1. März. Der „Vorwärts“ macht auf Grund von amtlichem Material Angaben über die ungeheuren Kosten, die die interalliierten Kommissionen Deutschland verursachen. Danach sind in der Zeit vom 27. November 1919 bis zum 31. Dezember 1920 insgesamt für die Unterbringung, den Bureaubedarf, das Personal usw. der Kommissionen 21 910 521,27 Mk. verausgabt worden.

„Seht euch eure Führer an!“

Der „Berl. Volksanzeiger“ meldet: Der kommunistische Parteisekretär und Stadtverordnete in Sauerbrunn, Heblsch,

hat ihm anvertraute Gelder in Höhe von 20 000 Mark unterschlagen und wurde flüchtig. Es gelang, ihn in Stuttgart zu verhaften.

Keine Regierungsgemeinschaft der Sozialdemokraten mit der Deutschen Volkspartei in Preußen

Ueber die Haltung der Sozialdemokratischen Partei in der Frage der Regierungsbildung in Preußen schreibt die „Sozialistische Korrespondenz“, daß die einmütigen Beschlüsse der Partei dahin gehen, jede Verbindung mit der Deutschen Volkspartei abzulehnen und die alte Koalition aufrecht zu erhalten. Andernfalls müsse man den bürgerlichen Parteien die Bildung der Regierung überlassen. Es sei gewiß, daß auch die sozialdemokratische Landtagsfraktion so entscheiden werde.

Die mitteldeutschen Bergarbeiter gegen die kommunistischen Gewerkschaftszerstörer.

Auf einer in Halle tagenden Gewerkschaftskonferenz für den mitteldeutschen Bergbau wurde zu der Frage Stellung genommen, ob die Gewerkschaften im Sinne der kommunistischen Gewerkschaftstatistik arbeiten sollen oder im Sinne des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 170 Stimmen waren für den A. D. G. B., 13 dagegen.

Verlängerung des deutschen Entwaffnungsgesetzes.

Berlin, 28. Febr. Der Reichstag nahm den Gesetzentwurf auf Verlängerung des Entwaffnungsgesetzes bis zum 1. Juli gegen die äußerste Linke unter Ablehnung aller unabhängigen Anträge an.

Wie die „Voss. Ztg.“ aus Dresden meldet, hat der sächsische Minister des Innern sämtlichen Beamten den Beitritt zur Orgesch verboten.

Wie das „Berl. Tageblatt“ hört, werden für die Maßnahmen zur Entfestigung auf Grund des Friedensvertrages im Reichshaushalt für 1921 250 Millionen Mark eingestellt.

Wie dasselbe Blatt weiter hört, werden zur Deckung der Kosten für Fürsorge für die Flüchtlinge aus den abgetretenen und besetzten preussischen Grenzgebieten im Reichshaushalt 80 150 000 Mark angefordert werden. Von der genannten Summe sollen 20 Millionen Mark zur Beschaffung von Unterkunftsbedingungen für die Flüchtlinge verwandt werden.

Die Kapitalverschlebung des Hohenzollernbankiers.

Im Deutschen Reichstage gab gestern Reichsfinanzminister Dr. Wirth eine kurze Erklärung ab, in der er mitteilte, daß die Untersuchung in Sachen des Amsterdamer Bankhauses Gruker, Philippson u. Co. ergeben habe, daß in mehr als zehn Fällen Kapitalverschlebung ins Ausland vorgenommen seien, und daß bislang eine Gesamtsumme von 2,51 Milliarden als verschoben festzustellen sei. Im Falle Spiro sei bislang festgestellt, daß die hinterzogene Summe an Steuern und Steuerstrafen 6 Millionen Mark übersteige. Das Verfahren gegen die beiden Mitglieder des Hauses Hohenzollern sei noch nicht abgeschlossen.

Oesterreich gibt seinen Goldschatz an die Reparationskommission frei.

Wien, 28. Febr. Zur Angelegenheit des Goldschatzes der österreichisch-ungarischen Bank schreibt die „Politische Korrespondenz“: Angesichts der aus Paris angekündigten Möglichkeit einer Einstellung aller Hilfsaktionen im Falle der Nichtausfolgung von 65 Millionen Goldkronen an die Liquidatoren hat die österreichische Regierung durch den namentlich der Finanzverwaltung nach Paris entsandten Minister a. D. Dr. Reich die Reparationskommission verständigen lassen, daß sie bereit wäre, der erwähnten Forderung Folge zu leisten, wenn zugesichert würde, daß das Gold nicht ausgeführt und darüber nicht verfügt wird, bis zufolge Artikel 51 des Bankensatzes das kompetente Gericht oder ein neutrales Schiedsgericht über die Rechtsfrage entschieden hat. Die Regierung setzt voraus, daß vor einer eventuellen Verwendung des Goldes die strittigen Punkte des Artikels 206 des Friedensvertrages durch eine kompetente Entscheidung oder durch ein Kompromiß ausgeglichen werden.

Das Auge von Moskau.

Von Franz Klühs.

Im Lager der deutschen Kommunisten tracht es. Schon der Brief, den Paul Levi vor einiger Zeit im Reichstage so auffällig verlor, daß er von Unabhängigen gefunden werden mußte, deutete auf die tiefen Differenzen hin, die innerhalb der eben erst gegründeten „Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands“ bestehen. Man entsinnt sich der de- und wehmütigen Erklärungen, die Levi in dem Briefe an einen ungenannten Vertreter des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale abgab. Man erinnert sich auch der bescheidenen Frage, ob ihm von Moskau gestattet würde, länger an der Spitze der Vereinigten Kommunisten Deutschlands zu bleiben. Alle Entrüstung, die die kommunistische Presse über die Veröffentlichung des Levi-Briefes an den Tag legte, konnte die Tatsache nicht verschleiern, daß sich die V. K. P. D. in einer sehr ernsthaften inneren Krise befindet.

Nummehr wird plötzlich der Scheiter gelüftet und aller Welt sichtbar gemacht, wie tief diese Differenzen bereits eingegriffen sind. Die „Rote Fahne“, das Berliner Zentralorgan der Moskauer, veröffentlicht, an ganz versteckter Stelle zwar, aber doch nicht unauffindbar, einen Bericht über die Sitzung des Zentralausschusses der Partei. Darin wird ganz beiläufig mitgeteilt:

„Die Entscheidung des Zentralausschusses in der Frage der italienischen Parteispaltung glaubten fünf Mitglieder der Zentrale wegen der von ihnen angenommenen Rückwirkung auf die zukünftige Entwicklung der deutschen Partei mit einem weiteren Verbleiben in der Leitung der Partei nicht vereinbaren zu können. Es sind mit dieser Begründung aus der bisherigen Zentrale der V. K. P. D. folgende Genossen ausgeschieden: Die beiden Vorsitzenden Däumig und Levi, die Sekretäre Zetkin und Brach, der Beisitzer Adolf Hoffmann.“

Der Bericht ist absichtlich dunkel gehalten, so daß nur jemand seine Bedeutung erkennen kann, der die Vorgänge im kommunistischen Lager dauernd verfolgt. Schon die Bemerkung, daß die Ausscheidung aus der „bisherigen Zentrale“ erfolgte, läßt darauf schließen, daß eine weitere Zentrale möglicherweise in der Bildung begriffen sei. Und es ist immerhin einigermaßen auffällig, daß unmittelbar hinter diesem kurzen Bericht die Mitteilung erfolgt, daß die Zentrale der V. K. P. D. ihre Bureauadresse verändert habe.

Gleichgültig aber, ob der Bruch bei den Kommunisten sofort zu einer offenen Spaltung führe, oder ob man versucht, die widerstrebenden Kräfte vorläufig beieinander zu behalten, so ist doch sicher, daß die Vereinigte V. K. P. D. nichts weniger ist als die einzige Partei. Tatsächlich ist Levi zur Strecke gebracht nicht durch den Beschluß des deutschen Zentralausschusses der Kommunisten, sondern durch jenen geheimnisvollen Moskauer Vertreter, an den sein verlorenener Brief gerichtet war, und dessen bloße Erwähnung schon die „Rote Fahne“ als eine Demunziation bezeichnete. Dieses „Auge von Moskau“, das wachsam alle Dinge der deutschen Kommunisten überhaut, blinkt zeitweilig freundlich auf die Untergebenen herab, um zu anderen Zeiten desto zorniger zu wetterleuchten.

Es ist ein Geheimnis eigener Art, das die anerkannten Führer der bisherigen kommunistischen Partei Levi und Zetkin ausgerechnet stolpern müssen über die Spaltung der italienischen Partei und über die möglicherweise eintretenden Rückwirkungen dieser Spaltung auf die deutschen Kommunisten. Das Ganze ist nur verständlich, wenn man weiß, daß Paul Levi sich den Zorn jenes „Auges von Moskau“ zugezogen hatte, als er damals als Vertreter der Moskauer Exekutive am italienischen Spaltungsparteitag teilnahm. Den ihm gewordenen Moskauer Instruktionen folgend, hatte er auf dem Parteitag in Livorno zwischen den Linkskommunisten um Bombacci und den sogenannten Zentralkommunisten um Serrati zu vermitteln und eine Spaltung dieser Gruppen untereinander zu verhindern gesucht.

Unmittelbar nach ihm aber hatte der Bulgare Kabatseff auf Grund neuer Moskauer Anweisungen erklärt, daß der Moskauer heilige Stuhl die Spaltung auf jeden Fall verlange. In der naiven Annahme, jene 21 Moskauer Punkte, die die Spaltung der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie verursacht hatten, würden ihm noch ein gewisses Maß von Bewegungsfreiheit gewähren, hatte Paul Levi, nach Deutschland zurückgekehrt, die Vermessenheit, in der „Roten Fahne“ die Moskauer letzte Spaltungssparole sanft zu tadeln. Daraufhin traf ihn der Banstrahl des geheimnisvollen „Auges von Moskau“, der Levis bekannten Brief auslöste.

Aus dem moskowitzischen Rauberwelsch der „Roten Fahne“ in klares, unmißverständliches Deutsch übersetzt, sagt der Bericht des kommunistischen Zentralorgans folgen-

des: Der Zentralkomitee der W. R. P. D. hat seinen bisherigen Vorstehen den Post im Stich gelassen und sich dem Moskauer Diktat auch in diesem Punkte unterworfen. Die von Lenin getriebene, von Moskau angeordnete Spaltung zwischen den kommunistischen Links- und Rechtskommunisten wird von der Mehrheit der deutschen kommunistischen Zentrale gebilligt. Nun scheiden Lenin, Zetkin, Däumig aus der Zentrale aus, und sogar Adolf Hoffmann folgt ihnen, weil sie annehmen, daß der italienische Spaltungsbaudillus Rückmeldung auf Deutschland habe, d. h., weil sie vermuten, daß Moskau auch innerhalb der Vereinigten kommunistischen Partei Deutschlands eine neue Spaltung fordern will. Wahrscheinlich hält man in Moskau schon die Gruppe Zetkin-Lenin-Hoffmann für „reformistisch“, so daß sie aus dem Schoß der heiligen Moskauer Kirche entfernt werden muß. Er ist zweifellos ein bemerkenswertes Faktum, daß an derselben Tage, an dem der Zentralkomitee zusammentrat, die „Rote Fabrik“ ein Manifest Sowjens an die italienischen Linkskommunisten veröffentlichte, in dem der Gruppe Trottschärfter Kampf angelegt wird. Da Lenin für Trottschärfter erklärt hat, so gilt der Freidhandels auch ihm.

Die preussischen Wähler, die noch im Glauben an die Wunderkraft der W. R. P. D. Vertrauen bewiesen haben, werden überrascht erfahren, daß die angeblich „Vereinigten W. R. P. D.“ tatsächlich ein Herd von Verrätern und Verräterischer Zerrüttung ist. Nicht die Interessen der deutschen Arbeiterklasse, nicht die Interessen der preussischen Wähler bestimmen die Haltung der Kommunisten, sondern lediglich das freundschaftliche oder zornig blühende „Auge von Moskau“, der Abgesandte des Zentralkomitees der kommunistischen Internationalen.

Besonders amüßend ist die Verlegenheit, mit der „Das freie Volk“ seinen paar Abhängern in Danzig die Kritik in der kommunistischen Partei mündgerecht zu machen sucht. Das Blattchen bringt es nämlich allen Ernstes — der Veler wird freundschaftlich gebeten, seinen Rachausbruch zu dämpfen! — fertig, die Vorgänge in der Berliner kommunistischen Parteizentrale als eine Ablehnung jeder Sozialdemokratie zu erklären. Wer sich so klanlich dem Diktat der Moskauer Parteigewaltigen unterwerfen muß, sollte doch mit solchen Verdrehungskünsten ganz besonders vorzüglich sein.

Sozialpolitische Fragen im Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 26. Febr. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hörte im weiteren Verlaufe seiner heutigen Sitzung den mündlichen Bericht des sozialpolitischen Ausschusses zu den Belegentwürfen betreffend die Zustimmung zu den folgenden drei in Washington abgeschlossenen Übereinkommen: 1. betreffend die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft, 2. betreffend Festlegung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben auf acht Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich, 3. betreffend die gewerbliche Rechtsarbeit der Jugendlichen. Nach einer Aussprache hierüber wurde die Zustimmung zu 1 mit dem Antrag auf Einbringung einer Vorlage über die Deckung der durch die Ausdehnung der Wächnerinnenunterstützung entstehenden Mehrkosten angenommen. Die Bestimmungen zu 2 und 3 wurden ebenfalls einstimmig angenommen.

Die Reparationskommission verlangt die österreichischen Goldreserven.

Wien, 25. Febr. Anlässlich der von den Nachfolgestaaten erhabenen Forderung, ihnen einen Teil des Goldschatzes der Oesterreichisch-ungarischen Bank als Abzahlung auf ihre Ansprüche auf die Bankaktiva auszuweisen, verlangten die Liquidatoren von der Bankleitung die Ausweisung von ungefähr 85 Millionen Goldkronen und aller Treibstoffes, um die Forderung der Nationalstaaten zu erfüllen. Die österreichische Regierung ließ die Reparationskommission ersuchen, keine Entscheidung zu treffen, ohne die Vertreter der Regierung und der Bank gehört zu haben. Mittlerweile hat die Reparationskommission die Regierung aufgefordert, den Liquidatoren den verlangten Teil der Goldreserven sofort zu überweisen und die Treibstoffe zu übergeben. Da nach der Ansicht der Regierung dieses Verlangen im Staatsvertrag von St. Germain nicht begründet ist, beschloß die Regierung, sich an die alliierten Hauptmächte zu wenden, um die Einholung des Staatsvertrages zu erlangen, wobei sie sich insbesondere auf die beim Friedensschluß gegebene Versicherung stützen wird, daß die Alliierten und Assoziierten den Bankrott und die finanzielle Unordnung der österreichischen Republik zu verhüten wünschen.

Eine Bankgründung der christlichen Gewerkschaften.

Die im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Organisationen haben unter vorstehender Signa die auf dem Ökumenischen Kongress der christlichen Gewerkschaften angekündigte Bankgründung nunmehr am 24. Februar vollzogen. Die Bank soll nach dem bekanntgewordenen Gründungsplan die wirtschaftlichen Kräfte der beteiligten Organisationen und ihrer Mitglieder zusammenfassen und ihre Mittel dem allgemeinen Wirtschaftsleben, insbesondere den eigenen gewerblichen Unternehmungen sowie den nahe liegenden Kreisen des Mittelstandes zuführen. Man glaubt, dadurch die in diesen Organisationskreisen vielfach empfundene Lücke zwischen Sparkasse und Kreditbank im friedlichen Mit- und Nebeneinanderarbeiten mit beiden auszufüllen sowie das Interesse der Organisationsmitglieder an den wirtschaftlichen Vorzügen zu erhöhen und dadurch gleichzeitig mildertend und verbundend zu wirken.

Nach dem Gesellschaftsvertrage ist der Sitz der Bank Berlin; Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art, der Erwerb von Grundstücken zum Bankbetriebe sowie die Beteiligung an anderen Unternehmungen.

Die Betriebsmittel der Bank sind ausschließlich von den beteiligten Gewerkschaften — zunächst in Höhe von 10 Millionen Mark — ausgebracht; den ersten Aufsichtsrat bilden bekannte

Führer dieser Organisationen, nämlich Minister Stegerwald als Vorsitzender, Direktor Winter-Hamburg als stellvertretender Vorsitzender und die Verbandsvorsitzenden Behrens, M. S. Berlin, Imbusch, W. d. R.-Ellen, Schlad, M. d. R.-Düsselhorf-Reisholz und Wieber, M. d. R.-Duisberg.

Die Bank ist mit dem Aufbau ihrer Sparsparrichtungen und den sonstigen vorbereitenden Arbeiten befaßt, deren einstweilige Leitung die den Gründern durch ihre bisherige Tätigkeit nahe liegenden Direktoren Regierungsrat Dr. Wilschke und Becker, beide in Berlin, vorläufig übernommen haben. Die Aufnahme des eigentlichen Bankbetriebes soll nach Durchführung der organisatorischen Vorarbeiten erfolgen.

Falsche Vertreter deutscher Gewerkschaften auf dem Moskauer Gewerkschaftskongress.

Das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes schreibt in seiner Nr. 9:

Um auf dem am 1. Mai in Moskau stattfindenden kommunistischen Gewerkschaftskongress mit einer möglichst großen Zahl von Abgeordneten aus Deutschland antreten zu können, hat der Aktionsausschuß der W. R. P. D. zur Organisierung der Delegation in den Gewerkschaften beschlossen, daß die kommunistischen Fraktionen aller Gewerkschaften Delegierte entsenden. Soweit die einzelnen Fraktionen hierzu nicht imstande oder nicht willens sind, wird die Partei ihrerseits Delegierte für die in Betracht kommenden Gewerkschaften nach Moskau schicken. Die durchsichtige Absicht ist, dadurch den Einfluß der W. R. P. D. auf die deutschen Gewerkschaften als unantastbar und unantastbar darzustellen. Bis zum 1. Mai soll ferner die alle diese kommunistischen Fraktionen umfassende Reichsgewerkschaftszentrale eingerichtet sein, die dann den unerschöpflichen Kampf gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufnehmen soll. Zu Vertretern dieser Zentrale sind Oskar Rühl und Richard Müller ausersehen.

Wie man sieht, scheuen die deutschen Kollaboranten der russischen Sowjet-Macht nicht davor, nicht nur die, zur Höhe von 100 Millionen Reichsmark nicht nur der Arbeiterklasse der Welt, sondern auch den russischen Bratgebern der deutschen Oberkommunisten Sand in die Augen zu streuen. Es sollen für die Gewerkschaften, wo niemand etwas mit der Moskauer Internationale zu tun haben will, „Delegierte“ von kommunistischer Seite ernannt werden, und wenn zur Bestreitung der hohen Reise- und Aufenthaltskosten kein Geld vorhanden ist, so wird aus der großen Rubelkassette das Nötige zur Verfügung gestellt. Solche Leute sollen dann in Moskau als „Delegierte der deutschen Gewerkschaften“ mitnehmen. Dieser Schwundel reiht sich den früheren kommunistischen Spiegelschereien würdig an. Wir können die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften zu ihrem eigenen Wohle nur warnen, auf etwaige kommunistische Lockungen nach Moskau hereinzuwachen.

Polnisch-französische Militärkonvention gegen Deutschland.

London, 24. Febr. Der Warschauer Korrespondent der „Times“ erörtert die Eile und Energie, mit der die polnischen und französischen Staatsmänner das Bündnis zwischen Polen und Frankreich zu Stande gebracht hätten, deutet darauf hin, daß Frankreich für die Londoner Konferenz ein Bündnisvertrag bereithalten wolle, so daß es die Möglichkeit habe, eine Kontingente polnischer Truppen 100 Meilen von Berlin vorzunehmen, falls Deutschland sich renitent zeige und Großbritannien eine retolante französische Politik nicht unterlasse. Der „Manchester Guardian“ erklärt, man könne mit Sicherheit annehmen, daß das Bündnis gegen Deutschland geschlossen sei.

Paris, 25. Febr. Die Kammer ist gestern Abend in die Beratung des Heeresbudgets eingetreten. Der ehemalige Kriegsminister André Bore hatte gewisse Ausstellungen an diesem Budget, vor allem hinsichtlich der Berufssozialisten. Eine Verkleinerung der Dienstzeit sei nur möglich, wenn das Heeresbudget auf 300.000.000 Mann gebracht werde. Kriegsminister Barthou erklärte wiederholt, daß er die gleichen Bedingungen an die Herabsetzung der Dienstzeit stelle, daß die Zahl der Kapitulierenden auf 80.000 und die der Kolonialtruppen auf 300.000 erhöht werde. Wenn Frankreich auf eine Weigerung bestehe, die die Ausführung des Friedensvertrages in Verfall zu setzen, dann müsse es nicht nur reden, sondern auch handeln können.

Die Vorbereitungen für London.

Der deutsche Sachverständigen-Ausschuß hat den Entwurf der deutschen Gegenvorschläge in großen Umrissen fertiggestellt. Die von einem engeren Unterausschuß formulierten deutschen Gegenvorschläge wurden einer größeren Versammlung wirtschaftlicher Sachverständiger aller Interessentenkreise vorgelegt. Die Abreise der deutschen Vertreter nach Paris ist am Sonntag erfolgt. Daß die deutschen nach London zu entsendenden Vertreter sehr genau über die zur Verhandlung liegenden Fragen unterrichtet sein müssen, ist selbstverständlich. Weniger selbstverständlich scheint es vielen Deutschen, daß sie sich selber genauen Einblick in die Reparationsfrage verschaffen müssen. Zur rechten Zeit hat der Kulturliga-Verlag eine kleine Schrift „Die Pariser Forderungen“ von Dr. Ernst Hamburger herausgegeben, die streng wissenschaftlich, d. h. ohne legendäre partei- oder interessenpolitische Färbungen, — die Bedeutung und die notwendigen Folgen der Pariser Forderungen untersucht. Das knapp und sachlich geschriebene Heftchen von 16 Seiten (Preis 2 Mark) sollte von den noch immer viel zu Sabotage gelesenen werden, welche die Lektüre des Pariser Protokolls als schwer verständlich ablehnen. Die Entscheidung der deutschen Vertreter in London für eine vernünftige Lösung der Frage, gegen ein unerträgliches Diktat ist nur dann wirksam, wenn ein in den Tausenden vollkommener Korlebenses Volk sich hinter die Entscheidung stellt. Festgelegt ist in der Lage Deutschlands das wirtschaftliche Mittel, das dem Reich bei ausbreitender Weltwirtschaftlicher und weltwirtschaftlicher Situation zu helfen.

Amerikas öffentliche Meinung gegen die Ententeforderungen.

F. P. New York. Die amerikanische öffentliche Meinung verurteilt einstimmig die an Deutschland gerichteten Wiederherstellungsforderungen der Alliierten. Nicht nur die Meinung des großen Publikums steht die neuen Bedingungen für übertrieben an, sondern auch großkapitalistische Kreise, die bis jetzt durchaus Deutschland alle Kosten des Krieges aufzuladen wollten, glauben, daß die Entente mit diesen neuen Forderungen den Bogen überspannt hat.

Dr. Bernhard Baruch, Wirtschaftsjournalist und persönlicher Berater des Präsidenten, nennt die Bedingungen „sehr hart“. Seine wahre Meinung, daß die Bedingungen der Alliierten nicht durchführbar seien, umschrieb er, indem er sagte: „Ob dies eine richtige Maßnahme ist oder nicht, wird von dem Geiste abhängen, in dem sie von allen Parteien des Friedensvertrages durchgeführt wird, und von der Fähigkeit Deutschlands, die verlangten Zahlungen zu leisten.“

Ein anderer hervorragender Volkswirtschaftler, Frank A. Vanderlip, der kürzlich Deutschland besuchte, führte aus, daß „Deutschland niemals fähig sein wird, die von den Alliierten aufgestellten Forderungen zu erfüllen.“ Er sieht keine Möglichkeit für Deutschland, die jährliche Zahlung von drei Milliarden zu leisten. Ueber die in Paris getroffenen Abmachungen äußert er: „Wenn die Alliierten Deutschland zwingen könnten, die Pariser Bedingungen einzuhalten, würden wohl die deutschen Kinder keine Dankbarkeit für die von Hoover unternommene Rettung vor dem Hungertod empfinden. Deutschland ist jedoch fähig, seine Schuld in Waren zu bezahlen.“

Standrecht gegen die Streikenden in Polen.

O.C. Ueber die augenblickliche Lage des wilden Eisenbahnerstreiks, der entgegen der Abrede des Eisenbahnerverbandes mit der Regierung am 23. d. Mts. auf dem Warschauer Bahnnoterpunkt ausgebrochen ist, meldet der Korrespondent des Ost-Express: Der Bahnbetrieb leidet außer unter dem Maschinenstreik auch unter der Stilllegung der Bahnwertstätten. Es verkehrt nur die Hälfte der Züge. Die Regierung erteilt einen Aufruf, in dem sie die Notwendigkeit der von ihr ergriffenen scharfen Maßnahmen damit begründet, daß der Streik nicht wirtschaftlicher, sondern politischer Natur sei. Nach der Militarisierung der Eisenbahnen hat das Generalkommando ab 24. d. Mts. die Einführung von Standgerichten gegen Pflichtverletzung und Dienstverweigerung im Eisenbahndienst sowie gegen die Agitation zur Betriebsstörung angeordnet; Zuwiderhandelnde droht die Todesstrafe durch Strang oder Erschießen. Die sozialistische Partei und der Eisenbahnerverband verurteilen zwar das Vorgehen der Regierung, erklären sich jedoch nicht mit den Streikenden solidarisch, da es sich um einen wilden Streik handle. Der Verband der Postbeamten hat sich nunmehr dem mit dem 7. März befristeten Ultimatum des Eisenbahnerverbandes angeschlossen und ebenfalls ultimative Forderungen der Post-, Telegraphen- und Telephonbeamten zum gleichen Termin aufgestellt. Zurzeit berät der polnische Ministerrat über die Forderungen der Maschinenisten, die eine Erhöhung der Teuerungszulage von 400 auf 800 Prozent verlangen. — Der Warschauer Delegiertentag der Landarbeiter hat den allgemeinen Landarbeiterstreik zum 14. März beschlossen.

Wachsende Opposition gegen die englische Regierung.

London, 26. Febr. In der gestrigen Unterhausitzung entging die Regierung bei der Abstimmung über Ergänzungsvorschläge für das Amt für öffentliche Arbeiten mit knapper Not einer Niederlage. Sir D. Maclean brachte einen Änderungsantrag ein, den Vorschlag um 100.000 Pfund zu vermindern. Für das Amendement stimmten 78, dagegen 88 Abgeordnete. Das Ergebnis wurde mit lautem Beifall und dem Ruf „Zurücktreten“ aufgenommen. „Daily Sketch“ zufolge stimmten 43 Koalitionsmitglieder gegen die Regierung; die Mehrheit davon waren Unionisten, darunter auch die beiden Cecils.

Die Blätter nehmen in Leitartikeln zu der gestrigen Abstimmung Stellung. „Daily News“ schreibt, sie sei das erste offene Zeichen der aufstrebenden Einflüsse, die in der Koalition an der Arbeit seien. „Times“ hingegen sagt, die Wichtigkeit dieses Vorfalles dürfe vom Lande nicht überschätzt werden.

Fortbildungsschulen für Seeleute in Amerika.

F. P. Washington. Eine in Philadelphia beendete Konferenz der amerikanischen Seeleutegewerkschaften befaßte sich eingehend mit der Frage der sachlichen Fortbildung aller in der Handelschiffahrt beschäftigten Arbeiter. In der Erwägung, daß diesen weder das Unternehmertum noch irgendwelche Regierungsmassnahmen die in ihrem eigenen und allgemeinen sozialen Interesse liegende berufliche Schulung geben können, ist von der Konferenz ein Bildungsprogramm beschlossen worden:

Nach einem von einem Sachverständigen für das gesamte Schiffsfahrtsgewerbe aufgestellten Plan soll mit Benutzung von Lehrfilmen und anderen modernen Hilfsmitteln unter den Mitgliedern aller verbündeten Gewerkschaften gleichermaßen die Kenntnis von allen Zweigen des Gewerbes vermittelt und individuelle Fähigkeiten der einzelnen geschult werden. Besondere Nachdruck wird auf die Schulung der bereits geschulten Leute die sich dem Schiffsfahrtsgewerbe Neuzuwendenden nach demselben System unterrichtet werden.

Für diese „Nachschule“ wurden von den verbündeten Organisationen der Seeleute, Schiffsführer und Stewards, Herzer usw. 15.000 Dollars zur Verfügung gestellt, und es sollen — wenn notwendig — weitere Gelder hergegeben werden.

Danziger Nachrichten.

Um Sonntag.

Als ich am Sonntag über die Felder ging, habe ich die erste Ernte gehört. Ihr feines, helles Silmmchen jubelte schon in der Höhe, wo sie wie ein kleiner, dunkler Fleck im weissen Schwamm. Der blaue Himmel war von einem matten Gold überzogen. Die Wälder am Horizont lagen lahl und dunkel. Auf den Feldern lag Schnee in kleinen, klirrenden Inseln. Die Wege schlingelten sich braun und gelb durchs Land. Der Winter sah noch überall fest im Satt. Aber der Frühling war doch schon unterwegs...

Als ich am Sonntag durchs Waldbarth schritt, fangen die Kinder auf der Aue, Glasstöpselige waren es mit großen, blauen Augen. Etwas steif taten sie in ihren feiertagsgewändern. Aber eine liebe, fröhliche Zutraulichkeit lugte aus den großen Augen. Wie eine Vorbereitung auf ein kommendes, frohes Ereignis war es, das mir aus ihren heißen Stämmen entgegenklang. Die Größeren hielten einander. Die Kleineren hatten sich an den dicken Händchen gefast und drehten sich im Ringelreihen. An den Tären der Vorhäuser aber lehnten die Mütter und sahen lächelnd dem Spiele der Kinder zu.

Als ich am Sonntag die große Sandstraße hinunterging, begegnete mir die alte Leute. Bedächtig und behäbig erwiderten sie meinen Gruß. Der eine oder andere konnte mich und sprach mich an. Die Tröstelstafel, die diese Alten lange Zeit hindurch festgehalten hatte, schien gewichen zu sein. Hoffnungsvoller sahen sie in die Zukunft. Man sah doch, meinten sie, daß es allmählich besser werden würde. Auf einen Schlag könne das natürlich nicht kommen, man müsse eben durchhalten und abwarten...

Als ich am Sonntag zurück in die Vorstadt kam, da trugen die Genossen Flugblätter aus. Für die Arbeiterpartei warben sie. Neue Mitglieder für die Organisation, neue Leser für das Arbeiterblatt wollten sie gewinnen. Straß und Holz waren alle ihre Bewegungen. Frohgemut und stief taten sie ihre fröhliche Arbeit. Es wird schon werden, meinten auch sie. Arbeiten, aufstehen, und nicht verzagen, das sei so das richtige Wort...

Als ich am Sonntag heimgekommen war, da durchriefelte mich das Gefühl einer frohen, jubelnden Gewissheit. Nicht umsonst hatte mir die Verhe die Frühlingsschwärze gebracht, nicht umsonst hatten mir die blauen Kinderaugen zugelächelt, nicht umsonst war mir die Zuversicht der Alten und die Siegesgewissheit der Jungen an die Ehren geklungen. Und nun lächelte auch ich still vor mich hin: es wird schon werden... es wird schon werden!...

Zur Lehrlingsfrage in der Holzbildhauerei.

In letzter Zeit ist die Zahl der Lehrlinge in unserem Gewerbe derart gestiegen, daß in Zukunft an die Beschäftigungsmöglichkeit aller Ausgelernten gar nicht gedacht werden kann. Nach einer kurzen Hochkonjunktur nach Beendigung des Krieges ist schnell ein um so tieferer Sturz in der Nachfrage nach Arbeitskräften eingetreten. Schon vor dem Kriege hatten die Bildhauer prozentual immer die größte Zahl im Heere der Arbeitsuchenden, und daß die Dinge jetzt nach dem Kriege noch weit schlimmer werden müssen, ist sehr leicht ersichtlich, da es nur noch einer sehr kleinen Schicht der Bevölkerung möglich sein wird, Möbel in reichlicher Ausführung mit Bildhauerarbeiten verzieren, ersparen zu können. Wie tief das Gewerbe darnieder liegt, beweist folgendes:

16 selbständige Bildhauer beschäftigten nur 6 Gesellen, hatten aber 28 Lehrlinge und 4 Polonäse. Der Lehrling erscheint diesen Herren immer noch als die billigste Arbeitskraft.

Es ist weiter zu beachten, daß in Danzig eine nur sehr geringfügige Ausübung der Lehrlingsfrage erfolgen kann, weil fast alle selbständigen Bildhauer nur Danziger Mutl arbeiten. Will der junge Kollege aus den Mauern Danzigs heraus, und das wird jeder müssen, der beim Koch bleiben will, so wird er erfahren, daß er keine Lehrlingszeit erst noch einmal von vorne an beginnen muß. Jeder bringt den Mutl herum allerdings nicht auf, sondern bleibt hier

liegen und vermehrt die Zahl der sogenannten Stächenmeister oder geht zu irgend einem anderen Beruf über. Die sogenannten selbständigen Bildhauer, die gewöhnlich ihre Werkstätte in der Küche ausschlagen, arbeiten dann gezwungenermaßen zu Preisen, für die kein ausländischer Geschäft beim Meister in der Werkstätte die Arbeit liefern kann. Um nun trotzdem ihr Leben wenigstens notdürftig fristen zu können, wird dann nicht 8 Stunden, sondern 14 bis 16 Stunden täglich gearbeitet. Dieser Preisdrucker haben die Danziger Gesellen es zu danken, daß sie für denselben Lohn arbeiten müssen wie die Tischler, aber ihr eigenes Werkzeug stellen müssen, dessen Anschaffung jetzt mindestens 800 bis 1000 Mark kostet.

Darum Ältern und junge Leute, seid bei der Wahl eines Berufes vorichtig, wenigstens halten wir es für unsere Pflicht, diesen Warnungsruf erklingen zu lassen.

Die Branche der Bildhauer im Deutschen Holzarbeiter-Verband Danzig.

Brieskorn aus der Danziger Zentrumspartei ausgeschlossen.

Zwischen dem Abgeordneten Brieskorn und der Zentrumspartei des Danziger Volkstages war bekanntlich ein Konflikt ausgebrochen, weil ein Antrag auf Unterstützung der minderbemittelten Bevölkerung, den Brieskorn im Volkstag einreichen wollte, bei den fraktionskollegen des Antragstellers keine Gegenliebe fand. Brieskorn erklärte daraufhin seinen Austritt aus der Zentrumspartei und reichte seinen Antrag mit Unterstützung untern Genossen ein. Diese Forderung für das Los der minderbemittelten Bevölkerung hat jedoch in der Danziger Zentrumspartei einen so lebhaften Widerspruch erfahren, daß Brieskorn vom Vorstand und von der Volkstagsfraktion dieser Partei zur Niederlegung seines Mandats aufgefordert wurde, weil, wie das „Danziger Volksblatt“ meldet, „durch sein Vorgehen die Interessen der Zentrumspartei gefährdet“ (!) worden sind. Nachdem jedoch Brieskorn die Niederlegung seines Mandats abgelehnt hat, ist er nunmehr aus der Zentrumspartei ausgeschlossen worden.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Schornsteinfegergesellen.

Die Schornsteinfegergesellen hatten im Januar eine Lohnzulage von 48 Mark für die Woche gefordert. Diese Forderung wurde von der Schornsteinfegerinnung abgelehnt. Die Unternehmer boten bei den ersten Verhandlungen eine Zulage von 24 Mark die Woche. Eine am letzten Sonntag stattgefundene Versammlung der Gesellen lehnte dieses Angebot ab und beschloß, am 28. Februar in den Streik zu treten. Nach dieser Versammlung fand sofort noch einmal eine Verhandlung mit den Unternehmern statt, bei denen die Forderung der Gesellen, vom 1. Februar ab eine Lohnzulage von 48 Mark die Woche zu zahlen, von den Unternehmern anerkannt wurde. Der Wochenlohn eines Schornsteinfegergesellen beträgt jetzt vom 1. Februar ab 204 Mark. Die Verhandlungen wurden von seiten der Schornsteinfegergesellen durch den Deutschen Bauarbeiterverband geführt, dem sich die Schornsteinfegergesellen bereits früher angeschlossen hatten.

Diebstahl von Pelzgarderobe. In dem Lokal Knüppel-

trug ist einem hiesigen Kaufmann am 26. Februar aus dem Lokal dortselbst ein Pelz aus Persianerklau und ein Persianerpelztragen in blauem Bezug im Werte von 10 000 Mk. gestohlen worden. Zur Wiedererlangung dieses Pelzes ist eine angemessene Belohnung in Aussicht genommen. Etwaige Angaben werden von der Kriminalpolizei entgegen-

Aus den Gerichtssälen.

Stuhl, aber zu teuer. Die Handlerin Minna Kogge in Rangfurt verkaufte das Stuhl Möberrücken für 50 Tlg., während der Höchstpreis 30 Tlg. betrug. Das Schöffengericht erkannte auf eine Geldstrafe von 1000 Mark. Es wurde einerseits die Geldentwertung und die Notwendigkeit, den Höchstpreisüberschreitungen entgegen zu treten, berücksichtigt. Andererseits wurde der Stuhl milde beurteilt, da die Möberrücken gut gewesen seien. In letzter Zeit ist, wie wir vielfach berichtet haben, eine ganze Reihe Verurteilungen wegen Höchstpreisüberschreitungen erfolgt. Sicherlich ist es recht erfreulich, daß in dieser Richtung der Käufer endlich einmal gegen die Preiswillkür geschützt wird. Wie notwendig auch die Verfolgung und Bestrafung dieser Verurteilungen aber oft viel weiter zurück. Notwendig wäre daher, daß man mehr auf die Quelle derartiger Preistreiber zurückgeht und nicht nur immer die Kleinen hängt, während man die Großen laufen läßt.

Höchstpreisüberschreitung. Der Besitzer Ernst Krönke und seine Sohn Fritz aus Abbau Meißnerwalde brachten am 9. Oktober zwei Wagen Kartoffeln nach Danzig und verkauften sie hier zum Preise von 30 Mk. den Zentner, während der Höchstpreis 25 Mk. betrug. Das Schöffengericht verurteilte den Vater und den Sohn zu je 3000 Mk. wegen Höchstpreisüberschreitung.

Diebstahl eines Bankdirektors. Der Bankdirektor Erich Hatz in Joppot hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Diebstahls von 5000 Mk. auf seiner Bank zu verantworten. Auf einem Tisch lagen 5000 Mk. in 50 Markscheinen. Eine Zeugin bemerkte, wie der Angeklagte seine Manschetten auf die Banknoten legte. Bald darauf war das Geld verschwunden. Der Angeklagte bestreitet den Diebstahl behauptet zu haben. Die Zeugin erhielt nach der Tat eine offene Postkarte, die mit Ernst unterschrieben war und in der mitgeteilt wurde, daß das Geld wieder zurückgeschickt werden solle. Diese Karte soll der Angeklagte an das Fräulein geschrieben haben, um den Verdacht auf das Fräulein zu lenken. Er bestritt auch dies. Der Schweißschreiber gab aber sein Gutachten dahin ab, daß der Angeklagte der Schreiber der Postkarte sei. Das Gericht am aus eigener Überzeugung zu der Auffassung, daß der Angeklagte der Schreiber sei und er den Diebstahl begangen habe. Er sei unbestraft, befindet sich in keiner günstigen Vermögenslage, er sei aber ein gebildeter Mensch und habe als Bankdirektor einen großen Vertrauensmißbrauch getrieben. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis.

Filmschau.

Das Lichtbild-Theater Langenmarkt bringt in seinem neuen Programm die zweite und letzte Episode des Films „Die Nacht des Blutes“ und gleichzeitig die Klärung aus dem Chaos der Vergangenheit. Aus der Handlung tritt nunmehr der Verzicht der Vorseitigung einer Millionenerbin hervor. Die sich ergebenden Gegensätze überrufen den ersten Teil um ein Bedeutendes. — Das fünfaktige Drama „Kämpfe der Vergangenheit“ schildert in ergreifender Weise die Seelenkämpfe einer Frau, die in Verdacht eines geheimnisvollen Verbrechens geraten ist.

Kleine Nachrichten.

Aburteilung Deutscher in Pommern.

In Strasburg in Westpreußen wurde eine Anzahl unter Anklage des Landesverrats nach dem Rückzuge der Bolschewisten aus Pommern verhafteter Bürger deutscher Nationalität jetzt abgeurteilt. Einer der Angeklagten wurde freigesprochen, zwei wurden zu 5 Jahren, zwei andere zu je einem Jahre Festung verurteilt.

Verbot einer polnischen Zeitung in Oberschlesien.

Der „Boniec Slaski“ in Katowitz ist von der Interalliierten Kommission wegen eines Artikels „Wir und die Emigranten“ auf 4 Tage verboten worden.

Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Angenraber.

(Fortsetzung.)

Aber da fand sich mit einmal ein Absatz. Eines abends trat ein Mann in Muderl's Hütte, nannte sich einen Handels-Agenten für religiösen Hausrat, hatte das Beste davon hören über den Heiligen Schlichter zu Zwischensache und wäre gekommen, dessen Ware zu sehen. Er äußerte sich über die vorgelegten Proben sehr freundlich, lobte sie mitleidig, als er den Preis erfuhr, um den bisher diese Arbeiten abgegeben wurden, bot selbst das höchste, gab Vorschlag und bestellte nach Tugenden. In der Stadt, beleuerte der Herr Agent, hätte man diese Möbel als am Lande, dort wäre mehr Geld, aber auch mehr Gefahr, damit gehe man jetzt daran, den religiösen Herrn zu helfen, mit dem besten durch mäßig-halten Kaufes von billigen und geschickten religiösen Hausrat zu bewerkstelligen sein dürfte, wofür denn eine Handels-Gesellschaft aufkommen würde. Der Herr Agent, der würde nur darauf achten, immer gleich gute Ware zu liefern, so wurde ein lehnender Absatz für längere Zeit gewiss sein.

Muderl schwamm in Seligkeit, fast hätte er sich vorzußen und wäre dem kleinen, selbständigen Mannlein um den Hals gefallen, aber ein leibler in dem Moment, als er ein wenig nach dem Vorwärtel sich hin davon absetzte, denn der Mann, der sich mit der Werbung des christlich-religiösen Tunes befaßte, war, beschwender Weise, ein Jude.

Um solche gute Zeit in's Haus, mit ihr aber auch manches, das die alte Kleiderlerin derselben nicht recht fröhlich werden ließ und sie ihr endlich gar verleidete.

Es war an einem Samstagabend, als Muderl den Sichel herabkam. Er trug sein kurze Jacke mit blanken Knöpfen, seinen laubern Prunkstiefel, seine guten Schuhe, kurz, sein feiertagsgewand, seine bestaubten Hähne, sein erhabenes Gesicht liehen schließen, daß er nicht von nah, wohl gar von der Kreisstadt, heimkehrte.

Er trug ein kleines Päckchen, es war in sein rotes gebümmtes Taschentuch eingeschlagen und kam in seiner linken Hand, noch sonst zur Ruhe; er sah es bald in die Rechte, bald in die Linke, drückte es gegen seine Brust, bezog es im Rücken, schob es unter die eine oder die andere Achsel und holte es sofort wieder hervor.

Vorsichtig lugte er durch die Spalte des lebenden Zauers in seinen Garten, und als er seine Mutter nicht um die Wege sah, war er mit einem Sprunge auf Nachbarboden und trat durch die rüch-wärtige Tür in die Anstehende Hütte.

Er fand Helene mit der Alten zusammensitzen. Rüben schälen und einen Topf schneiden.

„Guten Abend, miteinander.“ sagte er.

„Guten Abend.“ sagten die beiden.

„Wie geht's?“ fragte er. „Wie geht's?“ So weit ich's auch abzusehen vermag, ist abel, den' ich. In der Stadt bin ich gewesen, halt ja. Müb' bin ich, erlaubt's schon, daß ich mich seh'.“

Das Mädchen wies mit der Hand, in der es das Messer hielt, nach der Gewandruhe, die in der nahen Ecke stand.

Muderl setzte sich. Er hielt das Paket an beiden Enden angefaßt und drehte es zwischen den zehn Fingern fortwährend herum.

Nach einer Weile sah die Alte auf, wobei ein finsterner Blick die Tochter streifte, und sagte: „Na, wie schaut's denn aus in der Stadt?“

„Ich darf' der Nachfrag'“ entgegnete Muderl, „es ist völlig schön dort und so gangbare Wege haben's, ganze Steinplatten, ja, Selen“, wie ich da drauf gleichen Schritt's getraut bin, hab' ich an dich gedacht.“

„An mich? Ach wäht' mit was ich mit'm Stadtkreuten ihren Pfalter zu schaffen hätt'.“

„Dort tritt sich mit leicht ein's ein' Scherbe, ein' Nagel oder solch's Teufelszeug“ ein, wie da bei uns schnell glücken is und erst neulich dir.“

„Ah, ja so. Das ist längst wieder heil. Schau mal.“ Die Tirne streckte vom niedern Schemel, auf dem sie saß, den rechten Fuß dem Burschen hin.

„Meine Seel'“ sagte der, „ganz sauber verheilt. Wär auch schod' um die fehr' Füß' wann's ein' Narbe verhandeln wäht'.“

„A dir Leid d'rum, so brei' mit halt wo ich geh' und sich' eine Strohheden d'runter.“

„Da wäht' ich mir eine bessere Abhilf'. Ich gib ein Kettrel d'rüber.“ Der Bursche sagte das mit kurzem, wie Husten klingendem Lachen und warb darnach rot bis unter die Haare. „Das heißt“, fuhr er klotternd fort, „das heißt, wenn halt d'Finghofer Mutter damit einverstanden wär', so wären da ein Paar Schuh'.“

Die Tirne blickte ihn von der Seite an. „Nur der Mutter Einverständnis brauchst's, meinst du? Ich denk', es ist die Frag', ob ich's trauen will.“

„Du wäht' sie nit?“ stammelte Muderl.

„Dir, seh' ich, muß mir schon g'hilf' kommen.“ sagte die Alte. „Du mußt auch erst bei junger Weibkneuten aufhorchen lernen, die verreden oft, wonach ihnen Herz und Hand giert.“

„Was du alles weißt.“ höhnte die Tirn, dann wandte sie sich an Muderl. „Wirst wohl auch was Recht's eingekauft haben? Na? mal schau'n, daß ich ein' Ung'schickten auskud'. Werd dir wohl für'n guten Willen danken müssen, passen werd'n's mer es' nit.“

„Wird sich ja weisen.“ schrie Muderl, der plötzlich wieder in scherzhafte Laune geriet, in hochgehobener Hand das Bündel schwang, als ziele er in bedrohlicher Weise nach dem Kopfe der Tirn. „Gleich kommt's.“

„Na, sei so gut.“ freilachte Helene, fuhr vom Siche empor und entrang ihm das Tuch. Nachdem sie dasselbe aufgeschlepft hatte, betrachtete sie die Schuhe. Sie stülzte das rechte Bein auf den Schemel und hielt die Sohle des Schuhs an die des Fußes. „Schau.“ sagte sie, „wahrhaftig, die Wunden mir recht sein und schon sein's auch, recht schön.“ Sie drehte sie eine Weile in den Händen, bot sie ihm dann zurück. „Da nimm's wieder.“ seufzte sie.

„Ja, warum denn?“ fragte ganz raitlos der Bursche. „Warum denn, Helen?“

„Mein, Muderl, ich muß dir danken, wirklich muß ich dir recht schön danken. Ich sag's, wie's wahr is. Da dazu g'hören Zwischelstrümpf', die hab ich nit und mit bloßen Füßen tret' ich lieber auch auf d'blohe Erd' als auf Leder. Kuslachen mag ich nit lassen.“

„Du Narrisch.“ sagte mit triumphierender Miene der Bursche, „meinst du, ich denk' nur vom Gründonnerstag auf Karfreitag? Ah, mein“, nein.“ Er zerrte ein kleines Bäckchen hervor, daß er in eine Jackentasche gezwängt hatte. „Da schau, was da d'rein is.“

Es waren Zwischelstrümpfe und hochrote Strümpfbänder mit Seidenbandschleifen.

„Muderl.“ schrie die Tirn, vor Freude die Hände zusammenschlagend. „Du bist doch ein guter Bub'.“

„Ja, gut is er, der Muderl.“ sagte die Alte.

Helene setzte sich neben den Burschen. „Na, darff' auch zuschau'n, wie ich's anleg'.“ Ohne sich im mindesten durch seine Nähe beirrt zu fühlen, probierte sie Strümpfe und Schuhe an. „Wie das paßt.“ lachte sie. „Du darff' dir vom mein' Füßen's Was g'nommen haben.“

„Das hab' ich auch mit'n Augen; drauf muß ich mich ja verstehen, von welcher Erdb' Hand, Fuß und Kopf zu eines Menschen sein'm Leib paßt.“

Die Tirn hielt den Saum des Rockes in der Höhe wo die Strümpfbänder sahen, um die Beine geschlagen und betrachtete selbstgefällig ihre Füße. „Da d'her.“ sagte sie lächelnd, „ist die Fußgängerin fertig, von da es jaugt's Bettelweib an und das ist wert-aus's größere Stück.“ (Fortsetzung folgt.)

Ueber das kommende Arbeitsrecht

Verständlich, dass die hier ebenfalls kurz kritisch besprochen werden sollen, da die Materie von weittragender Bedeutung ist. Im zweiten Artikel behandelt die Frage der Tarifverträge, durch die nach seiner Ansicht sämtlich alle Lohn- und Gehaltsfragen geregelt werden sollen. Er begründet es als erstreblich, dass der Tarifgedanke immer weitere Kreise zieht. Erzu muss bemerkt werden, dass der Verfasser wohl wenig Gründe im Unternehmerlager für diese Idee finden wird. Und nicht nur die Unternehmer, wenn auch die amtlichen Schlichtungsstellen haben sich bisher grundsätzlich geweigert, Tarifverträge vor ihrem Forum auch nur zu verhandeln zu lassen. Man beschränkte sich stets nur auf die Lohnregelung. Offenbar sind diese Stellen der Ansicht, dass die Lohnfrage alles ist, was den Arbeiter im wirtschaftlichen Leben und besonders in der Produktion interessiert. Die führenden Unternehmer des Reichs stehen auf dem alten Standpunkt der „Herrn im Hause“ und sind in diesen Gedanken geradezu verankert. Solange diese Einstellung während ist, wird wohl das Danziger Wirtschaftleben noch manche schwere Erleichterung durch Streit und Zwangserzwingen erleben, zum Schaden des alleinherauswühlenden Unternehmertums und der Allgemeinheit. Man denke nur an den eben besprochenen Streit der Elektromonteur, an dem letzten Ende der Senat aber zutreffender, das ihm unterstellte Demobilisationsamt, die Hauptschuld trägt. Obwohl auch die Vorgänge in der Kohlbewegung der Bekleidung verdienen und zur kritischen Beurteilung des Verhaltens der obersten Behörden zu Fragen des Arbeiterrechts äußerst wertvoll und belehrend sind, erscheint es angebracht, sie zur besonderen Behandlung zurückzustellen.

Der Tarifgedanke ist gewerkschaftlichen Ursprungs, von diesen propagiert und zum gewerkschaftlichen Gemeingut geworden. Die Tarifverträge können jedoch nicht als Mittel zur Behebung der wirtschaftlichen Gegensätze angesehen werden. Das Tarifwesen ist für die Arbeiterklasse innerhalb der bestehenden kapitalistischen Wirtschaft- und Produktionsform eine der anzuwendenden gewerkschaftlichen Kampfmethoden zur Lösung der wirtschaftlichen Frage. Der Tarifvertrag bringt beiden Seiten, Arbeiter und Unternehmer, unerschöpfbare Vorteile. Einmal sichert er dem Arbeiter den vereinbarten Mindestlohn zu allen Zeiten, sowohl der guten Wirtschaftslage, als auch in Krisenzeiten. Dem Unternehmer zuzurechnen ist der Tarifabschluss für die Dauer des Vertrages eine Abgrenzung organischer Warenenergie. Dem deutschen Volk wären gewaltige Ersparnisse zu anderen Zwecken zugute gekommen, wenn die Unternehmer in der Tariffrage von vornherein ihren eigentlichen Kollegen gefolgt wären.

Ich zweifle zunächst, dass die Danziger Unternehmer in diesen Fragen etwas anlernen werden, dazu scheint mir der Wille bei ihnen zu fehlen. Ueber die Ausgestaltung der Tarifverträge im einzelnen mit Modorador zu streiten, erübrigt sich. Jedoch will ich kurz die Frage der Verbindlichkeitserklärung der Tarifverträge streifen. Bei uns Reichsämtern nach dem Kapitel leider eher zu den Propaganda-Karnevalskartellen als zu den ernsthaften Fragen des Wirtschaftslebens gezählt werden. Der Gesetzgeber hat den Demobilisationsbehörden weitumfängliche Bewegungsfähige Paragraphen gegeben, mit denen diese viele Störungen im Wirtschaftsleben vermeiden können. Vorausgesetzt, dass die betreffenden Beamten die notwendigen Kenntnisse des wirtschaftlichen Lebens besitzen. Was aber bisher in Danzig gemacht wurde, ist das Gegenteil von dem, was nach dem Geiste der Verordnungen gemacht werden soll. Man stelle sich z. B. vor: Ein zwischen Unternehmer und Arbeiter abgeschlossener Tarifvertrag bedarf in einigen Paragraphen der Auslegung einer um Tarifverträge vorzuziehenden Schlichtungsstelle. Diese legt die Streitigen Paragraphen aus, die Arbeiter legen sich dieser Auslegung nicht und klagen beim Gewerbeamt, als der rechtlich entscheidende Stelle. Ob noch über dieser Streit von dem letztgenannten Gericht ausgetragen wird, beantwortet die Unternehmer bei der Demobilisationsbehörde die Verbindlichkeitserklärung der Auslegung der Streitigen Paragraphen, und die Behörde erklärt auch ihre Auslegung, ohne sich mit der Gegenpartei in Verbindung zu setzen oder die Entscheidung des Gerichts abzuwarten. Für allgemein verbindlich erklärt werden, reibungslos arbeiten und den wirtschaftlichen Frieden fördern will, ist ein Gebot, welches der Demobilisationsbehörde. Wenn das Tarifwesen im kommenden Arbeitsrecht tatsächlich ein wirkungsvoller Faktor werden soll, muss eine grundsätzliche Umgestaltung der Weisungsrichtungen sowohl der Unternehmer als der Behörden erfolgen. (Kad.)

Sozialdemokratische Anfrage über die Behebung der Wohnungsnot.

Neben der großen Arbeitslosigkeit und der allgemeinen Teuerung ist die außerordentliche Wohnungsnot die dringendste und schwerwiegendste Frage unter all den Nöten unserer Tage. Um die Wohnungsfrage endlich etwas mehr in Fluss zu bringen und besonders von den verantwortlichen Behörden zu erfahren, was diese in dieser für die Allgemeinheit so wichtigen Frage beabsichtigen, um ihre Pflichten gegenüber der Bevölkerung zu erfüllen, hat die sozialdemokratische Fraktion des Volkstages folgende große Anfrage eingereicht:

„Was hat der Senat bisher getan und was gedenkt er weiter zu tun, um den tausenden Wohnungslosen in Stadt und Land zu ihrem Recht auf eine menschenwürdige Wohnung zu verhelfen? Welche Mittel gedenkt der Senat dazu zur Verfügung zu stellen?“

Die Beantwortung dieser Anfrage und die sich sicherlich anschließende Aussprache wird zweifellos das weitgehendste Interesse der Öffentlichkeit finden.

Weiterhin ist noch nachstehende große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion an das Bureau des Volkstages eingereicht:

„Ist dem Senat bekannt, dass im August des vergangenen Jahres in dem Messiassee bei Neufähr eine große Menge Fische (etwa 400 Zentner) eingegangen sind, weil die Fische in diesem See verbleiben ist? Was gedenkt der Senat zu tun, um eine Wiederholung solcher das Interesse der Bevölkerung schwer schädigender Vorgänge zu vermeiden?“

Um Aufklärung über die Verhältnisse im freischafflichen Landgestüt zu erhalten, ist nach folgende große Anfrage gestellt worden:

1. Ist es dem Senat bekannt, dass das Beschlämmaterial des Landgestüts den Wünschen der Pächtermehrheit und besonders denen der kleinen Pächter nicht entspricht, dass seine Unterhaltung fortlaufend große Summen erfordern wird, und dass ferner die Pferdezuucht auf eine andere, den Steuerzahler nicht belastende Weise ganz vorzuziehen ist? Ist es dem Senat bekannt, dass das Beschlämmaterial des Landgestüts den Wünschen der Pächtermehrheit und besonders denen der kleinen Pächter nicht entspricht, dass seine Unterhaltung fortlaufend große Summen erfordern wird, und dass ferner die Pferdezuucht auf eine andere, den Steuerzahler nicht belastende Weise ganz vorzuziehen ist?

2. Warum sind vor Gründung des Bestfalls Vertreter bezw. Sachverständige der Landwirtschaft, der Tierärzte, des Transportgewerbes und dergleichen nicht gehört worden?

3. Wie ist es zu erklären, dass bereits 5 Hengste wegen Erbfehler bezw. anderweitiger Untauglichkeit ausrangiert werden mussten?

4. Weshalb wird trotz wiederholter, begründeter Eingaben den Tierärzten als Sachkundigen auf pferdezüchterischem Gebiete eine „beschließende“ Stimme im allgemeinen Interesse nicht eingeräumt?

Auch diese beiden Anfragen liegen im allgemeinen öffentlichen Interesse.

Zur Beendigung des Elektromonteurstreiks

Wir sind vom Deutschen Metallarbeiter-Verband noch geschrieben: Der Streik der Elektriker ist, wie bereits mitgeteilt, nach nahezu 8 wöchentlicher Dauer mit beinahe vollem Erfolg beendet worden. Wie noch erinnerlich sein dürfte, hatten die Arbeitgeber jedes Entgegenkommen, wie auch den Schlichtungsamt des Schlichtungs-Ausschusses abgelehnt. Nachdem wir die Verbindlichkeitserklärung beantragt hatten, begann ein Spiel hinter den Kulissen zwischen dem Demobilisationskommissar und den Arbeitgebern, das dahin führte, dass der Demobilisationskommissar die vom Schlichtungs-Ausschuss festgelegten Sätze eigenmächtig unter Ausschaltung der Arbeitnehmer um 35 bis 50 Pf. pro Stunde herabsetzte den so abgeänderten Schlichtungsamt dann für verbindlich erklärte. Dies konnten sich die Elektromonteur nicht gefallen lassen und legten sie nach ca. 6 wöchentlichen Verhandlungen die Arbeit am 6. Januar nieder. Die Arbeitgeber hatten es auf die Zertrümmerung der Organisation abgesehen und wollten nur mit ihren Arbeitern unter Ausschaltung der Gewerkschaft verhandeln. Nachdem dies seitens der Arbeiter abgelehnt wurde, mußte man wohl oder übel mit der Organisation verhandeln. Diese Verhandlungen führten dann zu nachstehender Vereinbarung, welche von den Arbeitern angenommen und auf Grund dieser der Streik darauf für beendet erklärt wurde. Die Stundensätze sind nunmehr wie folgt festgesetzt:

Ebermonteur 5,10 Mk., Monteur 4,45 Mk., Monteur im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit und Hilfsmonteur über 24 Jahre 3,70 Mk., alle übrigen Hilfsmonteur 3,45 Mk., Hilfsarbeiter über 20 Jahre 2,05 Mk., Helfer von 18-20 Jahren 2,45 Mk., Helfer von 16-18 Jahren 2,05 Mk., Helfer unter 16 Jahren 1,40 Mk.

Die Monteur werden wieder in dieselben Lohnklassen eingeteilt, in welchen sie vor Ausbruch des Streiks beschäftigt waren. Für Überstunden, die nur in dringenden Fällen geleistet werden, sind folgende Zuschläge zu zahlen: für die ersten Stunden nach der regelmäßigen Arbeitszeit 25 Prozent; für weitere Stunden sowie Sonn- und Feiertagsarbeit 50 Prozent. Bei Arbeiten im Bezirk mit Übernachten erhält der Monteur seine baren Auslagen erstattet, die er durch Besorgungen nachweisen hat und pro Tag eine Entschädigung in Höhe einer Kohlschube. In den Vororten Chra, Gutberberge, St. Albrecht, Trautz, Oliva, Neufährwasser, Prösen werden täglich 2 Mark an Auslagen bezahlt. Letztende Monteur, welche 5 Mann oder mehr beschäftigen, die von der Firma gestellt sind, erhalten eine Zulage von 2 Mark pro Tag. Allen Arbeitnehmern, welche länger als 1 Jahr im Betriebe beschäftigt sind, wird ein Sommerurlaub gewährt und zwar: nach einjähriger Beschäftigung 3 Arbeitstage, nach 2 Jahren 4, nach 3 Jahren 5, nach vier- und mehrjähriger Beschäftigung 6 Arbeitstage. Die Einlösung aller am Streik beteiligter Monteur soll nach Möglichkeit innerhalb 8 Tagen erfolgen. Fremde Arbeiter werden solange nicht eingestellt, als noch Streikende arbeiten sind. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband wird eine Liste der nicht wieder Eingestellten aufstellen, nach welcher die weitere Einstellung zu erfolgen hat. Dieses Verbot tritt bis zum 30. Juni 1921 und ist mit vierwöchentlichem Rest mittels einschreiblichen Briefes kündbar.

Mit der Arbeitsaufnahme ist, wie wir ebenfalls schon berichteten, am Montag früh begonnen worden.

Der Nebetrieb der Eisenbahnbeamten in den Freistaatsdienst.

Am Sonntag hielt die Beamtenschaft des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Ortsverwaltung Danzig, ihre auf besuchte Monatsversammlung ab. Kollege Muhlack erstattete Bericht über den am 18. und 14. Februar in Berlin stattgefundenen Beamtentag des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, der mit Beifall aufgenommen wurde.

Am Punkt Verschiedenes wurde unter anderem die Verfügung des Senats lebhaft besprochen, die besagt, dass alle Beamten, die gewollt sind, im Freistaatsdienst zu verbleiben, ohne diesbezügliche Erklärung zu unterschreiben haben. Sämtliche Redner sprachen sich dahin aus, dass der Senat den Beamten diese Erklärung nicht abverlangen darf, ohne die Beamtenschaft nicht vorher einsehend darüber informiert zu haben, wie sich die Sachlage des Eisenbahndienstes im Freistaat gestaltet. Folgende vom Kollegen Schmidt eingebrachte Entschließung fand einstimmige Annahme:

Die am 27. Februar 1921 tagende Verammlung der Beamtenschaft des Deutschen Eisenbahner-Verbandes, Ortsgruppe Danzig, erhebt starken Einspruch gegen die Aufforderung des Senats der freien Stadt Danzig, bis zum 1. März d. J. die Bereitwilligkeit zum Uebertritt in den Dienst der freien Stadt zu erklären. Bei der in dem Rundschreiben vom 18. Febr. d. J. ausgesprochenen Nichtverpflichtung der ansonsten in Betracht kommenden Beamtenschaft bei Abgabe der Erklärung zum letzten Zeitpunkt eine Schädigung ihrer berechtigten Interessen. Falls die Regierung der freien Stadt Danzig auf das Verbleiben der eingangs genannten Beamtenschaft Wert legt, muss auch unterbreitet darauf bestanden werden, dass die Freie Stadt Danzig die Erklärung der Beamten innerhalb 2 Monate nach Abschluss der Verhandlungen über die Verteilung der Eisenbahnen ablässt. Dann erst kann jeder Beamte und Kandidat auf Grund der gegebenen Tatsachen sich entscheiden, während jetzt die Abgabe der Erklärung eine einseitige Festlegung bedeutet. Sogar der Regierung der freien Stadt Danzig wird es sein, mit der deutschen Reichsregierung in Verbindung zu treten, zwecks Klärung der Verhältnisse in dem betreffenden genannten Punkt (1. April d. J.).

Nach Erledigung verschiedener Verbindungangelegenheiten schloß der Sektionsleiter, Kollege Rausch, mit der Mahnung zur Einigkeit und der Aufforderung zum weiteren Ausbau der Beamtenschaft die Versammlung.

Ständlicher Erbsenverkauf zur Preislenkung.

Der Erbsenpreis der Seiden ist erheblich gesunken, ohne daß die Kleinhandelspreise entsprechend gefallen sind. Zweck der Senkung des Erbsenpreises, der im Kleinhandel gegenüber dem Großhandel bedeutend zu hoch geblieben ist, beabsichtigt man das städtische Ernährungsamt in Danzig den Ankauf von Kocherbsen und deren Verteilung auf Nahrungsmittelkarten möglichst noch im Laufe dieser Woche. Mit Rücksicht auf die Preislenkung und den Ausfallmangel dürfte diese Maßnahme des Ernährungsamts in allen Bevölkerungsklassen Beifall und Unterstützung finden, und wäre es erwünscht, daß das Ernährungsamt in dieser Richtung fortfährt. Die vor wenigen Tagen der städtischen Preislenkung zur Senkung des hohen Marktpreises gefolgt hat, wird auch von dem Ernährungsamt eine allgemeine Preisregulierung erwartet werden können und ließe sich diese Maßnahme sicherlich auch noch bei einer Reihe anderer Artikel mit Erfolg durchführen. Das Ernährungsamt, das unter den Danziger Konsumenten infolge der schlechten Nahrungsmittelverteilung bereits als sehr überflüssig beurteilt wird, kann auf diesem Wege am besten beweisen, daß es sich ernstlich noch etwas um die Besserung der Ernährungsnotlage der Danziger bemüht.

Folgen schwere Gefährlichkeit eines Hausbesizers.

Aus Ehrgefühl und Furcht vor Cbchlosigkeit verfuhrte die Witwe Martha Sch., Rothhäuserstraße 32 wohnhaft, sich und ihre beiden Kinder im Alter von 9 und 16 Jahren mit Beuchgas zu vergiften. Als sie am Freitag voriger Woche von ihrer Arbeit heimkehrte, fand sie einen eingeschriebenen Brief vor, in dem sie von ihrem Mann aufgefordert wurde, in kürzester Zeit die Wohnung zu räumen. Noch an demselben Abend eilte sie zum städtischen Ratssprache zu ihrem Wohnungsgeber und bat um die Gründe der plötzlichen Kündigung. Es wurde ihr der Vorwurf gemacht, daß sie aus dem verfallenen Keller ihres Mannes Brennmaterial und Kartoffeln gestohlen haben sollte. Da sie sich eines solchen Diebstahls nicht beruht war, hat sie aus Verzweiflung den Selbstmordversuch begangen.

Das Verhalten des Hausbesizers fordert eine eingehende Untersuchung und Sühne. Einmal ist die Kündigung der Wohnung als ein Anlaß des tragischen Selbstmordversuches anscheinend unter völliger Mißachtung der gesetzlichen Bestimmungen erfolgt, und ferner dürfen auch die ehrentötenden Beschuldigungen eines Eigentümerversagens im nicht zureichenden Maße nicht ungeprüft auf die zur Verzweiflung getriebene Frau hingeworfen werden. Hier kann vielleicht der Staatsanwalt Gelegenheit haben, seine Unparteilichkeit zu üben.

Freier Verkauf von Reismehl. Um dem fühlbaren Mangel an billigerem Mehl in Danzig abzuhelfen, bringen die Firmen Bartels u. Co. und Speller u. Co. Reismehl zum markenfreien Verkauf, und zwar zum Preis von 3,65 Mk. per Kilo inkl. Sack an Vereine und Wiederverkäufer. Beim Verkauf an den Verbraucher muß der Preis von 4 Mk. per Kilo eingehalten werden. Ueber die Verwendung des Mehls gibt eine Veröffentlichung der Berufsorganisation der Hausfrauen Danzigs Aufschluß, deren Abdruck wir selber bis morgen zurückstellen müssen.

Abgabe von Kartoffelmehl. Der Magistrat hat in dieser Woche den Händlern Kartoffelmehl, das ihm vom Wirtschaftsamt unter Anrechnung auf sein Mehlkontingent zugewiesen ist, zur Verteilung auf Brotarten zur Verfügung gestellt. Das Kartoffelmehl ist zu demselben Preise wie markenpflichtiges Weizen- und Roggenmehl an den Verbraucher abzugeben.

Vom Schwurgericht. Für die 1. Schwurgerichtsperiode dieses Jahres sind bis jetzt folgende Straftaten zur Verhandlung angehängt worden: Am 7. März gegen den Arbeiter Hellmut Matern in Schlicht und den Hafenarbeiter Hermann Senf in Danzig wegen Straßenraubes. Am 8. März gegen den Kaufmannslehrling Erich Lange in Langfuhr wegen Raubmordes. Am 9. und 10. März gegen den Besitzlohn Konrad Born aus Rieckhof wegen Mordes. Am 14. März gegen den Kaufmann Wilhelm Steinhilf in Langfuhr und den Kaufmann Franz Wedjick in Danzig wegen schwerer Unterschlagung und Bestechung.

Vier Kinder auf dem Eise eingebrochen und ertrunken. Ein schmerzliches Unglück ereignete sich am Sonntag in der Schönauer Schleuse, Rieckhof Danzig. Vier Kinder im Alter von 12 bis 16 Jahren vergaßen sich auf dem Eise mit Schlittenskufen, als bald darauf durch das Tauwetter der letzten Tage die morisch gewordene Eisdecke brach und alle vier Kinder einbrachen und ertranken. Bis zum Abend konnten die Leichen noch nicht geborgen werden.

Polizeibericht vom 1. März 1921. Verhaftet: 13 Personen, darunter: 2 wegen Einbruchdiebstahls, 1 wegen Nachlässigkeit, 3 wegen Trunkenheit und groben Unfugs, 4 in Polizeihaft. C b d a c h l o s: 8 Personen.

S. P. D. Parteinachrichten.

S. P. D. Ortsverein Danzig. Vertrauensmännerversammlung am Mittwoch, den 2. März, abends 6 1/2 Uhr, Heilige Geistgasse 111. Tagesordnung: Bericht der Kommission.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Table with 3 columns: Devisenart, Anzahl, Preis. Includes entries for Polnische Mark, Dollar, Englische Pfund, Franz. Frank, Schweizer Frank.

BORG CIGARETTEN für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsangelegenheiten am 28. Februar 1921.

Table with 2 columns: Ort, Wasserstand heute. Includes entries for Jamisch, Worfchau, Thorn, Forbon, Culm, Braubenz, Kurgelrad, Montauerpitze, Plack.

Waldsee: Von km 9 (Schilno) bis km 56 (Gordon) eisfrei, nur hier bis zur Wäudung ganz schwaches Eisreiben. Eis treibt nördlich gut in See ab.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Bolze, für den Danziger Nachrichten und die Unterhaltungsbeiträge Friedrich Weber, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwert in Oliva. Druck und Verlag von A. Gehl u. Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
 Dienstag, den 1. März 1921, abends 7 Uhr
 Dauerkarten D 1.

Die toten Augen

Eine Bühnenablichtung von Hanns Heinz Ewers. Musik von Eugen d'Albert.
 In Szene gesetzt von Oberregisseur Julius Brillke. Musikalische Leitung: Emil Trielen. Inszenierung: Otto Freyberg.
 Personen wie bekannt. Ende gegen 9¹⁵ Uhr.
 Mittwoch, abends 7 Uhr. Dauerkarten R 1
 Jüngerster Male: „Im Ghetto zum Schwänen“. Schauspiel in 4 Akten.
 Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 2
 „La Traviata“.
 Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 2
 „Im Ghetto zum Schwänen“.
 Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 2
 Neu inszeniert „Hinter Mauern“. Schauspiel in 4 Aufzügen.
 Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Neu inszeniert „Der fliegende Holländer“.

MODERNE KUNST LICHTSPIELE LANGFUHR AM MARKET

Wieder drei große Filme auf dem unbedingten sehenswerten Programm!

Napoleons letzte Liebe!
 Gräfin Wollaska, die schönste Frau Polens. Ein Abschnitt aus dem Liebesleben des großen Kaisers aus der Zeit Polens Entstehung. Die Handlung spielt in Warschau. Sechs prächtige Akte mit Nella Moja.

Eine Frauenbeichte
 Genüßliche einer schönen Frau. Drama in 4 Akten mit Eva May, der beliebtesten Filmdiva und -Stern. (8714)

Hannerl und ihre Liebhaber
 Ein Liebesreigen in 3 Akten. Seltene schönes Filmwerk mit Grete Freund und Felix Basch in den Hauptrollen.

Neueste Wochen- und Modenschau.

Gedania-Theater

Schüsselbamm 52/55 (3716)
 Ab heute! Nur 3 Tage!
 Der hervorragende Spielplan!
„Der Mann ohne Nerven“
 Staunenerregender Detektiv-Film in 4 Akten mit Helmut Peer.
„Oberst Chabert“
 Kriminal-Drama in 5 Akten mit Wanda Traumann. Als Einlage:
„Boby als Filmschauspieler“

W. P. Diele, Hundegasse 108.

Ab heute vollständiger Programmwechsel!
Das große Osterprogramm!
 Herbert Förster Ester Varese
 Lotti Helm Uranus
 Taitan Emmy Kall
 Poble v. Bölow (3713)

Einziges Familien-Cabaret am Platze!
 Kein Wolzhang. Kein Wolzhang.



Sparsparc durch Erdal

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
 Tel. 4092. Tel. 4092.
 Besizer u. Direktor Paul Hansmann.
 Kunstl. Leitung: Dr. Sigmund Kunststadt
 Heute Dienstag, den 1. März
 Anfang 7 Uhr Anfang

Grigri

Operette in 3 Akten v. Paul Linke
 Morgen Mittwoch, den 2. März
Wiener Blut.

Vorverkauf findet tags v. 10-11 Uhr nur im Duma-Haus Langgasse 59/70 statt
 Sonntags 9-12 Uhr a. d. Theaterkasse.
 Nach Schluß der Vorstellung:
 Fahrverbindungen nach allen Richtungen.
 In den Parterre-Räumen:
 Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Knaben-Mittelschulen zu Danzig.

Die Aufnahme neuer Schüler ist in diesem Jahre für sämtliche Mittelschulen der inneren Stadt gemeinsam. Neue Schüler können nur in die Rechtstädtische Mittelschule und in die Ostern neu zu eröffnende Niederstädtische Mittelschule in Althof, in erstere allerdings nur in beschränkter Zahl, aufgenommen werden.
 Die Aufnahmeprüfung für Klasse VII bis I findet am Dienstag, den 8. März d. Js., 8¹⁵ Uhr vormittags im Schulgebäude der Rechtstädtischen Mittelschule, Eingang Bertrudenstraße, statt.
 Schreibmaterial ist mitzubringen.
 Die Klassen IX und VIII sind infolge Einrichtung der Grundschule aufgelöst.
 Die Schuldeputation.

Danziger Glossen

Heft 1 Mk. 1.50
 Heft 2 „Der Althof“ 2.50
 Heft 3 1.50

zu haben in der
Buchhandlung Volkswacht
 Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Volkspflege

Bewerkstelligung-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft - Sterbekasse -
 Rechnungsstelle 16 Danzig
 Bruno Schmitt, Mattenbuden 35

Goldarbeiter Kautabak
 Stange 1.50 Mk., frisch eingetroffen. Wiederverk. Rab. Carl Conrad vorm. T. Kuh, Althof, Althofstr. Graben 106, Ecke Br. Mühlengasse, 13631

Derbe
 Damen-Schneiderei
 Br. 38, zu verkaufen, Preis 60 Mark, Wendt, Hinfertgasse 17, 2, links.

Wer bar Geld braucht
 schreibe sof. an Rud. Liedtke, Danzig, Paradiesgasse 8-9, 13645

SCALA

Täglich 7 Uhr.
 Fr. Sporthalle Täglich 7 Uhr
THEATER Täglich 7 Uhr
 Große Allee 1-15. März.

Neues Pracht-Variété-Programm!

Zwei Ferdini Jongleurs	Garrison-Jeserich Humor, Duett
Costa und Hela Extr. Tanz	Hedda Dellbrügger Verw. Tänze

und weitere neue Attraktionen.
 Fortsetzung der großen Internationalen
Ringkampf-Konkurrenz
 um den großen Preis von Danzig
50000 Mark in bar
 Täglich große Schluss- und Final-Kämpfe!
 Vorverkauf: Deumhaus. (3715)

Im Nachtkabarett:
 Künstlerspiele u. Palais de danse.
 — Neue Kunstkräfte. —

Berufs-Kleidung

in Friedensqualitäten zu billigsten Preisen
wieder vorrätig

- | | | |
|---------------------|---------------------|-----------------|
| Kochjacken | Arztemäntel | Kochhosen |
| Kellnerjacken | Operationsmäntel | Dienerhosen |
| Dienerjacken | Laboratoriumsmäntel | Schlosserhosen |
| Metzgerjacken | Friseurmäntel | Turnerhosen |
| Schlosserjacken | Lederhändlermäntel | Fußballhosen |
| Mechanikerkittel | Chemikermäntel | Metzgerschürzen |
| Malerkittel | Goldarbeitermäntel | Kochschürzen |
| Schriftsetzermittel | Bildhauermäntel | Dienschürzen |
| Maurerblusen | Photographenmäntel | Konditormützen |

Walter & Fleck

Rat und Auskunft
 in wirtschaftlichen Fragen erteilt allen Frauen und Mädchen jeden Mittwoch von 5-7 Uhr abends
 Die Frauenkommission der S. P. D.
 4. Damm 7 II, Zimmer 4.

Geschäfts- und Familien-Drucksachen, Werke, Jahresberichte usw.
 Wirkungsvolle Plakate jeder Art, Massenauslagen in kürzester Frist
 liefert in sauberster Ausführung bei mäßiger Preisberechnung
Danziger Volksstimme, Am Spendhaus 6